

Und seid schön brav solidarisch!

Christoph Mörgeli

Am 22. September hat das Volk die Solidaritätsstiftung abgelehnt. Obschon der Eliten-Filz aus Regierenden, Verwaltung und Medien eine Moralfalle konstruiert hatte, widerstand der Souverän und liess sich nicht auf diesen erpresserischen Ablasshandel ein. Schon 1994 wurde dem Volk – allerdings erfolgreich – ein neues Gesetz mit dem Etikett "Solidarität" aufgeschwatzt: Das Krankenversicherungsgesetz (KVG) hatte eine Prämiensolidarität zwischen Jung und Alt, Frauen und Männern zum Ziel und versprach eine "kostendämpfende" Wirkung. Das neue Gesetz ist offensichtlich gescheitert, aber niemand mag es zugeben. Die Kosten explodieren, die überbordenden Prämien sind das traurige Abbild dieser Entwicklung. Im Jahr 2000 stiegen die Prämien um 3.8%, 2001 waren es schon 5.5% und 2002 gar 9.7%. Auf das Jahr 2003 werden die Prämien durchschnittlich um 9.6% angehoben. Der vom KVG beabsichtigte Wettbewerb greift also nicht. Im Gegenteil, das Gesundheitswesen wurde weitgehend verstaatlicht und in der Folge davon verteuert.

Die SVP lehnte dieses Gesetz ab, weil wir die Kostenexplosion voraussahen, weil wir den verantwortungslosen Leistungsausbau kritisierten, weil wir den zweifelhaften Solidaritätsgedanken hinterfragten, und weil diese Vorlage keinerlei Sparanreiz enthielt. Die Grundversicherung wurde als Vollkasko-Versicherung ausgestaltet, aber ohne Konsequenzen für denjenigen, der dieses Angebot ausreizt. Warum sparen, wenn sich das nicht positiv auf die Prämien auswirkt? Keiner spart freiwillig. Die Pharmaunternehmen wollen verkaufen, die Ärzte wollen verdienen und der Bürger wird zum Konsumenten erzogen, der sich über das Gesundheitsbuffet hermacht wie ein Verhungernder. Keiner will sparen – aber jeder entrüstet sich über den jährlichen Prämienschub.

Dass die Kosten im Gesundheitswesen entglitten sind, bestreitet niemand. Dass aber ein fragwürdiger Solidaritätsbegriff das Fundament dieser Kostenexplosion bildet, wird weiterhin bestritten. Wenn Eigenverantwortung bestraft wird, kann man nicht von Solidarität reden. Wenn sparsame Kantone bei der Prämienausschüttung gegenüber Prasserkantone benachteiligt werden, kann nicht von Solidarität gesprochen werden. Wenn 1996 noch 1.65 Millionen Schweizer Prämienverbilligungen bezogen und im Jahr 2000 schon 2.33 Millionen, dann muss man sich fragen, auf Kosten von wem diese Solidarität geschieht. Dieses behördliche Solidaritätskonstrukt geht zu Lasten des leistungsbereiten und eigenverantwortlichen Teils der Bevölkerung. Wo allzu penetrant von "Solidarität" die Rede ist, stecken meist ganz handfeste Eigeninteressen dahinter. Ob Humanitätsindustrie, Soziallobby oder Asylbusiness – mit der Solidaritätskeule wird immer nur die Jagd auf das Geld der anderen eröffnet.